

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Badischer Beobachter. 1863-1935 1909**

13 (18.1.1909) 1. Blatt







an, daß der Gesandtenrat dem katholischen Kirchenrat ebenso mitgeteilt worden sei, wie dem evangelischen Konsistorium, das in diesem Falle nicht die Oberkirchenbehörde, sondern nur die Oberschulbehörde vertritt. Größer möge durch Annahme des Regierungsentwurfes nur dafür sorgen, daß die evangelische Oberkirchenbehörde von der Oberkirchenbehörde getrennt werde. Die Unterredung mit dem Bischof sei am 11. d. M. erfolgt. Es sind das recht sachliche Meinungen. Tatsache ist eben nur einmal, daß auf evangelischer Seite eine Personation besteht in der Oberkirchen- und Oberschulbehörde. Darum hätte es eine gerechte Parität verlangt, daß auch die katholische Oberkirchenbehörde hätte von dem Entwurf in Kenntnis gesetzt werden müssen, nachdem dies gegenüber der evangelischen geschehen war. Der katholische Kirchenrat ist keine Kirche, sondern eine Staatsbehörde. Es ist darum nicht angebracht, wenn man sich mit der Berufung auf diesen Kirchenrat aus der Schlinge ziehen will. In der Sitzung am Freitag kam der Abg. Rembold-Günth (Centr.) auf die letzte Rede des stellvertretenden Ministers zurück und verurteilte die Behauptung des Ministers, keine Mitteilung an den Bischof sei eine amtliche gewesen. Redner wies darauf hin, daß der Minister zuerst gesagt habe, er habe bei einer Begegnung im April dem Herrn Bischof das Wesentliche in Bezug auf die Schulangelegenheit mündlich vertraulich mitgeteilt. Dann wandte sich Rembold dagegen, daß der Minister das Vorgehen des Bischofs als bedauerlich bezeichnet habe. Der Abgeordnete Sieber habe das gute Recht des Bischofs anerkannt, ohne solche Bemerkungen daran zu knüpfen. In einem so wichtigen Punkte sei kein Anlaß vorhanden gewesen. Von einer Erweiterung der Machtbefugnisse der Kirche und einem Eingreifen in die Hoheitsrechte des Staates könne keine Rede sein. Das Ordinarat verlangt nichts als die Beibehaltung des bisherigen Zustandes.

Der „Bad. Landesbote“ hotet seiner selbst und weiß nicht wie, mit der Nichtigstellung seiner Nachrichten betr. die Höchstzahl in Württemberg verhandelt er wiederum den Vorwurf der Fortschrittsfeindschaft gegen Zentrum und Vereinigung, obwohl diese Parteien in der Tat für das Bestehen haben, wessen der „Landesbote“ seine eigene Partei, die Demokratie, die Erbpächter des „Fortschritts“ für fähig gehalten hat. Das heißt man schelten um jeden Preis! Wenn wir mit demselben Maß messen wollten, könnten wir auch der Demokratie den Vorwurf der Fortschrittsfeindschaft machen, weil sie nicht für den noch fortschrittlicheren Antrag der Sozialdemokratie gestimmt hat, der als Höchstzahl 40 festsetzte, dem Lande aber eine Mehrbelastung von 99 Millionen gebracht hätte. Wir meinen, daß sich Württemberg mit einer Höchstzahl von 70 hätte leben lassen können! Was nützt es auch, auf 60 herunter zu gehen, wenn nicht genügend Lehrer vorhanden sind, um diese Bestimmungen durchzuführen zu können, da jetzt bei 80 Schülern schon großer Lehrermangel herrscht? Die Demokratie hat freilich ein anderes Ziel im Auge: sie will — als echte „Volkspartei“ — den Gemeinden so horrenden Schullasten aufbürden — wenn die Schülerzahl um 20 herabgesetzt wird, muß manches neue Schulhaus gebaut werden —, daß sie die Schullasten nicht mehr tragen können und sie von selbst dazu kommen, die Uebertragung der Schullasten auf den Staat zu verlangen, ein Begehren, das bisher die „Volkspartei“ vergebens gestellt hat, in der Absicht, das christliche Schulprinzip leichter reglementieren zu können!

## Rusland.

### Schweiz.

Der Wohlstand gegen Deutschland. Der „Gclair“ meldet aus Bern, daß der Boykott deutscher Produkte wegen des Wohlstandes am 15. d. M. begonnen habe.

### Österreich-Ungarn.

Österreich-Ungarn und Serbien. Aus Wien wird vom 15. d. M. gemeldet: In heftiger maßgebender Stelle hält man es nicht für ausgeschlossen, daß die zwischen Österreich-Ungarn und Serbien schwebende Streitfrage schon demnächst und zwar ohne Vermittelung einer anderen Macht durch direkte Verhandlungen geregelt werden dürften. — Der „Matin“ meldet aus Belgrad: Der Minister des Aeußern, Milanowitsch, erklärte in einer Unterredung, daß das Entgegenkommen Österreichs gegenüber der Forderung der Vermittlung zulasse, daß auch eine beschränkte Berücksichtigung der serbischen Interessen Österreichs seitens erfolgen werde. Was den serbischen Standpunkt anbelangt, so bleibt dieser unverändert.

Der Kaiser Franz Josef und König Peter von Serbien. Zwischen Kaiser Franz Josef und König Peter von Serbien sind Neujahrstelegramme gewechselt worden. König Peter hat am katholischen Neujahrstage an Kaiser Franz Josef ein Glückwunsch-Telegramm gerichtet und Kaiser Franz Josef hat am orthodoxen Neujahrstage König Peter ein Glückwunsch-Telegramm geschickt. König Peter hat also die Initiative in dieser Angelegenheit ergriffen und man glaubt, daß in dieser Hinsicht der Souverän der erste Schritt zur friedlichen Beilegung der Streitfrage liege.

Hochverratsprozeß. Agram, 16. Jan. Heute ist die Anklagechrift in dem großserbischen Hochverratsprozeß veröffentlicht worden. Der Staatsanwalt erhob die Anklage gegen 52 Personen, zum Teil Schullehrer, Kapitäne und einige Gemeindevorsteher, wegen Hochverrats, begangen durch die auf die Kostrennung kroatischen, slawonischen, bosnischen und die Vereingung dieser Gebiete mit Serbien gerichtete Tätigkeit. Die Propaganda sollte auch auf das Meer ausgedehnt und die Soldaten der österreichisch-ungarischen Armee befehligt werden, im Kriegsfall auf die Serben nicht zu schießen. Zur Propaganda seien die Solobereine gegründet worden, die, mit Waffen versehen, die großserbische Miliz bilden sollten. Die Solobereine seien in Verbindung gehalten mit einem Belgrader Verein, durch den auch Beziehungen mit dem Hofe in Belgrad hergestellt worden seien. Eine Anzahl Belgrader Offiziere sei unter falschem Namen nach Kroatien und Bosnien entsandt worden, um eine revolutionäre Organisation vorzubereiten. Die öffentliche Schlussverhandlung findet anfangs Februar statt.

## Frankreich.

Der Marineminister amtsüde. Der „Gclair“ berichtet, daß der Marineminister Piccard dem Stabinspektör Clemenceau einen Besuch abgestattet habe, um ihm mitzuteilen, daß er seine Demission anbieten müsse, da die Aufgabe für seine alten schwachen Schultern zu schwer sei. Clemenceau suchte Piccard zu bestimmen, seinen Entschluß rückgängig zu machen. Dieser willigte jedoch nur ein, solange zu bleiben, bis er mit der Aufstellung des Etats fertig sei. Weiter berichtet das Blatt, daß dem Marineminister die Senatskandidatur von Duimier angeboten worden sei, daß er aber auch diese abgelehnt habe. — Von glaubwürdiger Seite erfährt man, daß die fortschreitende Entdeckung von technischen sowohl wie von alten administrativen Mängeln in der Marine Piccard zu seinem unwillkürlichen Entschluß getrieben habe, der in der Tat auf der Ueberzeugung beruhe, daß diesen Zuständen gegenüber seine Kraft nicht mehr ausreiche.

## Italien.

Der katholische Klerus und das Erdbeben in Messina. Die „Central-Anstaltsblätter der kath. Presse“ in Rom erzählt von der erzbischöflichen Kurie Palermo im Auftrage des Kardinals Quilici von Palermo folgende Botschaft: „Lesen Sie bitte, der Presse mit, daß die Worte des kaiserlichen Marineministers Mirabello über die angebliche Untätigkeit des katholischen Klerus beim Erdbeben in Sizilien nicht der Wahrheit entsprechen. — Ohne näher darauf einzugehen, genügt zur Ueberzeugung der ministeriellen Behauptungen der Hinweis auf folgende That: 1. Sobald der Erzbischof von Messina, der sich unter den Verwundeten befand, gerettet war, unternahm er sofort, seine Seminaristen zu befreien, die in großer Lebensgefahr schwebten. Allen Mut einflößend, ging er dann sofort daran, die Schwerverwundeten in dem untererhoben gebliebenen Teil seines Palaistes unterzubringen. Uebrigens von dem arg dezimierten Klerus von Messina erzählt man sich wahre Heldenthaten, so z. B. von Jesuitenpater Mistretta, Donherr Vitale, Vater Lo Re, Vater Catania und von den P. M. Kapuzinern. Ein großer Teil des Klerus ging unter den Trümmern zugrunde.“

2. Kaum benachrichtigt von dem Unglück (29. Dez.), verließen 10 Priester Palermo, um in Messina zu helfen. Dieselben kamen auf dem Seewege erst am 30. spät abends an und blieben am Unglücksort 3 Tage, bis Hunger und Ueberanstrengung sie nötigten, zurückzukehren. Während der ganzen Zeit konnten sie nicht einen Augenblick ausruhen und hatten keinen Bissen Brot, um den Hunger zu stillen. 3. Von Acireale reiste sofort der Bischof Monfriffa mit zahlreichen Priestern und Seminaristen ab, um Hilfe zu bringen, und sie gegen Hunger und Ueberanstrengung buchstäblich umfingen. 4. Von Catania fuhr Kardinal Francica Nava mit einer Anzahl Priester zur Unglücksstätte, wo sie beiseit und unterstützend ausstiegen, so lange es ihnen ihre schier übermenschlichen Kräfte erlaubten. 5. In Palermo, Catania, Acireale, Syracus waren die Bischöfe die ersten, welche Hilfsstationen und Unterkunftsstellen errichteten und ihre Priester aus sandten, um die im Süden ankommenden Flüchtlinge in ihre eigenen Häuser aufzunehmen und die Verwundeten zu versorgen. 6. Das erzbischöfliche Palais von Syrakus wurde sofort in ein Hospital umgewandelt und der Erzbischof selbst überließ sein eigenes Zimmer und Bett einer flüchtigen Familie. Es mögen diese wenigen Thaten genügen, um die Unrichtigkeiten einer Notiz zu erweisen, welche ihre einzige Erklärung in der Absicht findet, Marine, Heer und öffentliche Beamter von den schwereren Anklagen zu entlasten, die von allen Seiten erhoben werden und die wir hier nicht weiter erörtern wollen. Der Erzbischof und Klerus von Messina sind auf ihrem Plage geblieben. Die Bischöfe und der Klerus von Sizilien haben voll und ganz ihre Pflicht getan. Die antikerischen Mäander und vor allem das Stillstehen, womit man alles Gute und alle heldenmütige Caritas fortzuschweigen möchte, haben auch in diesen traurigen Tagen sich bemerkbar gemacht.“

Die Bezirkspräsidenten der kathol. sizilianischen Vereine mit dem Erzbischof von Palermo haben am 10. cr. einen energischen Protest gegen Minister Mirabello erlassen. In demselben sprechen sie ihre Verwunderung darüber aus, daß nicht schon die einfache Milderkeit dem Minister abgeraten hat, durch sinnliche, lächerliche Erfindungen die eigene Schuld von sich abzuwälzen und zwar auf Personen, die zum Teil selbst unter den Trümmern begraben, zum Teil aber gabelreich und prompt herbeizufinden und die trotz der langen Tagennächte und der vielen Schwierigkeiten bedeutend früher ankamen, als jene, welche in Folge ihrer Pflicht hätten die ersten sein sollen. Der Protest konstatiert in einfachen, aber scharfen Worten, daß von Palermo, Cefalu und Patti sofort zahlreiche Priester und Klosterfrauen helfend herbeizogen; daß der Bischof von Acireale und der Kardinal von Catania sofort zur Hilfe da waren; daß der allerbischofliche Erzbischof von Messina sich mehr als einmal in direkter Lebensgefahr bog, um Verschüttete zu retten, wobei er von seinem Klerus unterstützt wurde.

## Balkanstaaten.

Umwälzung in Montenegro? Aus Wien wird vom 16. d. M. gemeldet: Hier umlaufende Gerichte behaupten, daß in Cetinje eine große Umwälzung stattgefunden habe. Fürst Nikita habe dem Thron entsagt und Prinz Mirko sei an seine Stelle getreten. In diesem politischen Streifen werden diese Gerüchte ruhig aufgenommen. Zur Lage in Bulgarien. Der Regierung nahe stehende Blätter wollen erfahren haben, daß wegen der ungelärten äusseren Lage die Mitglieder des diplomatischen Korps beschlossen haben, bis auf weiteres denselben Verfassungen fern zu bleiben, an denen der König und die Königin teilnehmen.

## Portugal.

Zur Krift in Portugal wird aus London vom 16. Januar gemeldet: Die alarmierenden Nachrichten, die gestern ein hiesiges Blatt aus Lissabon brachte, werden heute durch eine Depesche des „Morning

Reader“ bestätigt. In den Häusern einiger bekannter Republikaner haben die Behörden große Mengen von Waffen entdeckt.

## Afrika.

Verhinderung eines deutschen Dampfers. Die „Agence Havas“ berichtet aus Konary (Französisch-Guinea) folgende Meldung: Das südiberianische Kanonenboot „Aré“ hat vor Glocster einen deutschen, zur Wörmannlinie gehörigen Dampfer beschossen. Das Stationsgeschiff in Kamerun ist nach Liberia abgegangen. Von deutscher Seite liegt darüber keine Nachricht vor. — Das Nenerische Bureau erzählt: Die „Kart“ steht unter dem Kommando des Kapitän Buge von der britischen Flottenreserve. Die übrigen Offiziere und das Maschinenpersonal sind ebenfalls britische Untertanen. Die „Kart“ ist von der Regierung Liberias angekauft und im September 1908 ausgesandt worden, um dem beständigen Vorkommen von Uebertretungen der Polvorschriften Einhalt zu tun und zu verhindern, daß die iberianischen Höfen, die für den Handel nicht geöffnet sind, von Schiffen angefahren werden. — Aus Berlin wird gemeldet: Ueber den Zwischenfall an der iberischen Küste sind amtliche Nachrichten an zuständiger Stelle bisher noch nicht eingegangen, doch ist von Berlin aus sofort ein Bericht eingefordert worden. Für unwahrscheinlich hält man es, daß der Stationär von Kamerun nach der iberischen Küste abgegangen sei. Wenn das der Fall wäre, müßte es in Berlin bekannt geworden sein.

Ans Maroffo. Die „Times“ meldet aus Tanger: Die französischen Beamten, welche mit dem nunmehr wegen Gesundheitsrückichten zurücktretenden deutschen Geschäftsträger Kiederig seit dem Zwischenfall von Calablanca durchaus taftvolle Beziehungen unterhielten, haben dem Diplomaten bei seinem Scheiden die Sympathie bezeugt. Alle Offiziere mit einem Vertreter des Generals Damade an der Spitze, hatten sich bei der Absahrt eingefunden. Er wurde durch eine Schutuppe an Bord eines französischen Kreuzers gebracht, den man ihm für die Reise nach Tanger zur Verfügung gestellt hatte.

## Asien.

China und Frankreich. Die „Times“ meldet aus Peking: Der Regent empfing am 15. d. M. den französischen Geschäftsträger Dupit in Abschiedsaudienz. Die Beziehungen zwischen Frankreich und China sind augenblicklich die besten, obwohl der Zwischenfall von Yunnan noch nicht beigelegt ist. Frankreich verlangt eine Entschädigung von 700 000 Francs sowie Verzicht Chinas auf 4500 Quadratkilometer für den Polzeidienst.

## Baden.

Karlruhe, 18. Januar 1909.

Seine königliche Hoheit der Großherzog haben sich gnädig bezeugen gefunden, dem Kaiserlichen Vizekonsul in Caracas Marqués, Gerichtsdirektor Dr. Richard Kuehler, die unterthänig nachgesuchte Erlaubnis zur Annahme und zum Tragen der ihm verliehenen Gürtelkette-Ordenmünze aus Stahl, und dem Kaiserlich Russischen Vizekonsul Alois Bender in Mainzheim die gleiche Erlaubnis für den ihm verliehenen Kaiserlich Russischen St. Stanislausorden zweiter Klasse zu erteilen. Seine königliche Hoheit der Großherzog haben sich gnädig bezeugen gefunden, dem Direktor der Aktiengesellschaft Badenia, Heinrich Vogel in Karlsruhe, die unterthänig nachgesuchte Erlaubnis zur Annahme und zum Tragen des ihm verliehenen Päpstlichen Kreuzes Pro Ecclesia et Pontifice zu erteilen. Mit Entschiedenheit des Ministerium des Großherzog und der auswärtigen Angelegenheiten wurde dem Oberkonsul in Caracas Marqués in Schwetzingen der Titel Postfiscaler verliehen. Das Ministerium der Justiz, des Kultus und Unterrichts hat die nachbenannten Beamten beim Landgericht Ramstein, und zwar: den Gerichtsdirektor August Rod zum Registrator, den Sekretariatsassistenten Adolf Frey zum Sekretär und den Expeditionsassistenten Martin Hermann zum Expeditor ernannt.

In Lahr-Land und in Schwetzingen steht es für die Demokraten sehr bedenklich.

„Badische Landeszeitung“ Nr. 24. Das parteiantliche Blatt der Nationalliberalen hat wirklich das Vorstehende geschrieben. Man sollte es freilich nicht für möglich halten. Anlaß dazu hat ihm ein ganz kleiner Artikel der „Frankf. Zeitung“ gegeben. Derselbe sprach sich über das Auftreten eines Sozialdemokraten in einer demokratischen Versammlung aus. Am 10. Januar war eine solche in Emmendingen, die auffallend stark besucht wurde. Abg. Heimbürger und Dr. Ludwig Haas hielten die Hauptreden. Der letztere sprach nach dem „Bad. Landesboten“ an Schluß seiner Rede:

„Wir wollen dahin treten, daß sich in Deutschland der Liberalismus, die Demokratie und die Sozialdemokratie verhandeln.“

Freilich muß in Lager der Sozialdemokratie der Wille dazu vorhanden sein.“

Die Sozialdemokraten waren ziemlich zahlreich in der Versammlung vertreten. Jedermann wird ohne weiteres zugeben, daß sie durch diese Saatsche Aeußerung fast gänzlich veranlaßt wurden, sich selber zur Sache zu äußern. Es kann also nicht auffallend erscheinen, wenn in dem Verichte weiter erzählt wird: „In der Diskussion gab zuerst der Führer der Schwetzingener Sozialdemokraten, Herr Engler, seine Freude über die großartige Versammlung kund, bemerkend, daß so etwas die Nationalliberalen nicht zustande brächten.“

Dann hielt er mit diesen eine größere Aredung. Er erklärte ferner, die Sozialdemokratie sei bereit, mit einer wirklich liberalen Partei zu arbeiten, aber sie verlangte auch eine wirklich liberale Politik.“

Und schließlich: Herr Heimbürger betonte darauf, daß wir jetzt zusammenstehen müssen, nicht aus persönlicher Begeisterung, wohl aber aus Begeisterung für die Größe unseres Vaterlandes.“

Dem Gewährsmann der „Frankf. Zeitung“ war die Erklärung des „Genossen“ Engler, daß die Sozialdemokratie bereit sei, mit einer wirklich liberalen Partei zu arbeiten“, von besonderem Interesse, was er in seinem kurzen Artikel auch martierte. Das parteiantliche Organ der Nationalliberalen hat sich nicht wenig darüber geirrt und im hellen Born ohne alle Ueberlegung einen Artikel davon geschrieben, dem der Titel „Wochenspruch“ vorgelegt wurde. Das Blatt ärgerte sich über die Meldung des sehr starken Besuches dieser demokratischen Versammlung in Emmendingen, „im Hauptort eines sicherer nationalliberalen Wahlkreises“, und bemerkte:

„Wer da weiß, daß in Emmendingen nicht viel mehr Demokraten vorhanden sind als etwa zwei Menschen sitzen an den Händen haben; wer ferner weiß, daß die Emmendinger Nationalliberalen der Versammlung fern geblieben waren, dem mußte der starke Besuch auffällig erscheinen.“

Es ist gar nicht wahr, daß Emmendingen ein „sicherer“ nationalliberaler Wahlkreis ist. Pfefferle hatte 1905 zwar 998 Stimmen mehr als Zentrum, Sozialdemokraten und Bund der Landwirte zusammen. Allein einmal war die Beteiligung gering; nur 71,1 Prozent haben abgestimmt; von 5696 eingeschriebenen Wählern sind 1844 gar nicht zur Wahl gegangen. Sodann sind unter denen, welche für Pfefferle gestimmt haben, recht viele Nicht-Nationalliberalen: solche, die weiter links stehen, und andere, welche umgekehrt den Konservativen zugerechnet sind.

Es ist nicht wahr, daß es in Emmendingen nur so wenig Demokraten hat, wie die „Bad. Landesztg.“ behauptet. Nur jemand, der sich gar nicht auskennt und feinerlei Scheu hat, Dinge zu behaupten, die er nicht weiß, kann solches behaupten.

Es ist auch nicht wahr, daß die Emmendinger Nationalliberalen der Versammlung fern geblieben wären. Es hat ja einer von ihnen gleichfalls eine Rede gehalten, um für die zugelegte Mitwirkung bei den Wahlen zu danken.

Die „Bad. Landesztg.“ hat die legerwähnte Unwahrheit behauptet, um daran die weitere zu knüpfen, die „Genossen“ wären „den Demokraten für diese Versammlung ausgesprochen worden“. Das Blatt meint, es „stimme das ganz zu der merkwürdigen Auffassung von dem Wochensprache, die dem Antiliberalismus eigen ist“, und schloß mit der Bemerkung:

„Im übrigen hätten speziell die Demokraten allen Grund, besser für die Sicherung ihres eigenen Bestandes zu sorgen, als in nationalliberalen Belegen zu liegen. In Lahr-Land, das von Herrn Heimbürger vertreten wird, und in Schwetzingen, wo Herr Frey gemäht ist, steht es für die Demokratie sehr bedenklich, trotz der „impofanten“ Versammlung in Emmendingen.“

Es ist nun wirklich wahr, daß es in Lahr-Land sowohl wie auch in Schwetzingen für die Demokraten sehr bedenklich steht.“

Die Demokraten können sich indessen insofern über dieses wieder notwendige, noch vllichtmäßige Beständnis beruhigen, als damit nichts für sie verborgen wird. Uns vom Zentrum ist damit nichts verdraten. Wir wissen und wußten, wie die Dinge stehen.

Wenn nun aber die „Bad. Landeszeitung“ Klagen will, wenigstens indirekt, es sei das Nötige nicht geschehen, um für die „Sicherung“ dieses Beständnisses zu sorgen, so kann ihr Klagen geradezuweise nur gegen die eigene Partei sich richten. Beide Bezirke sind nur deswegen der Demokratie überlassen worden, weil diese sich im Besitze derselben befand, als der Bloß ins Leben trat. In den Besitz sind die Demokraten durch das Zentrum gekommen. Sie selbst waren weder vor der Bloß-Acta noch seit Gründung derselben imstande, den einen oder anderen zu gewinnen oder zu erhalten. Dazu reicht ihre eigene Stärke nicht aus. Sie müssen an einer anderen Partei Mißfall finden, die stärker ist als sie sind, wenn dieselbe auch für sich allein gleichfalls außer stande ist, die Bezirke gewinnen und halten zu können. Für das eine wie für das andere — die Bezirke zu gewinnen und zu halten — muß nach Lage der Dinge die stärkere Partei (früher das Zentrum, in der Bloß-Acta die nationalliberale Partei) die Sorge und Verantwortung auf sich nehmen.

Wenn es also wirklich „sehr bedenklich steht“ und Schuldige entdeckt und festgesetzt werden sollen, dann muß die Untersuchung bei der Nationalliberalen anfangen. Das hätte die „Bad. Landeszeitung“ wissen und bedenken sollen.

## Der Abg. Hilbert

burchwanderer gegenwärtig seinen Wahlkreis und hält Berichterstatter in seiner Art. Das ist sein gutes Recht. Wir bekommen aber von den verschiedensten Seiten Zuschriften, daß er geradezu Ungehörlichkeiten auf Kosten des Zentrums in seinen Reden ausspreche. Wir finden diese Mitteilungen um so glaubhafter, als es nicht das erste mal ist, daß wir Herrn Abg. Hilbert auf Wegen finden, die nicht einwandfrei sind. Wenn wir nicht irren, war es in Gellingen, wo er den Ausspruch tat: „Wir liegen, besonders der Duffner!“ Er brachte es auch fertig, gegen das Turnen zu reden, aber für die Beibehaltung zu stimmen.

Die Parteigenossen des Wahlkreises werden gut daran tun, ihrem Abgeordneten und seiner Berichterstatter die entsprechende Aufmerksamkeit zu widmen. Wir würden es bedauern, wenn die Frage aufgeworfen werden müßte, warum Herr Hilbert nicht mehr Chef im Lagerhaus ist.

## Genosse Ged.

ber in dem Budgetiret der Berliner Zentralkleitung die Stange gehalten hat, soll tatsächlich abgesetzt werden. Er teilt jetzt dem „Vorwärts“ mit, daß die Genossen seines Wahlkreises (Forzeim) ihn nicht wieder aussuchen wollen, wenn er nicht versichert, die Einigkeit der Landtagsfraktion nicht mehr sichern zu wollen. „Das heißt also“, schreibt Ged., „ich soll mich auf den Boden der Erklärung der 66 stellen“. Da Ged das nicht tun will, so wird man wohl von einer Wiederanstellung absehen.

Auch Genosse Horst, der Abgeordnete von Durlach, ist abgelagt worden; an seiner Stelle kandidiert ein Genosse Weber. Die „Freib. Tagespost“ meint, daß man auf seinen politischen Grabstein schreiben könnte, er sei an Gemütskräften gestorben.

## Ein genügsamer Politiker.

Nach der „Lahrer Zeitung“ (Nr. 290 von 1908) hat Herr Abg. Dr. Heimbürger in einer Versammlung in Lahr den Satz gesprochen:

„Wenn es gelänge, fernwäh die Herrschaft des Zentrums vom badischen Lande fern zu halten, dann könnten wir unsere nächste Aufgabe für gelöst betrachten.“

Das ist aber sehr genügsam, aber nicht großzügig und staatsmännlich.

## Verunglückter Galgenhumor.

Die „Stonf. Bzg.“ hat die mehr erwähnte „Mühsenleistung sozialdemokratischer Journalistik“ mit Anerkennung und Lob beehrt. Es wurden ihr dann einige Leistungen des betreffenden Sozialistenblattes gegen Döhrder und dessen Politik vorgeführt. Anlaß wurde sie gefragt: was sie jetzt zu solcher Ehrenrettung meint.“

Darauf hat sie geantwortet: „Wir meinen, es ist auch heute noch im Himmel nicht bloß, sondern auch in der politischen Welt mehr Freude über







